

Format de citation

Holtfrerich, Carl-Ludwig: Rezension über: Hanno Beck / Aloys Prinz, Staatsverschuldung. Ursachen, Folgen, Auswege, München: Beck, 2012, in: ~ Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte (bis 2021), 2013, 1, S. 99-101, DOI: 10.15463/rec.1189725893



copyright

Cet article peut être téléchargé et/ou imprimé à des fins privées. Toute autre reproduction ou représentation, intégrale ou substantielle de son contenu, doit faire l'objet d'une autorisation (§§ 44a-63a UrhG / German Copyright Act).

vor dem Ersten Weltkrieg heraus und resümiert: „The trajectory of student politics on the eve of the Great war was toward a more open, progressive, and reform orientation.“ (S. 3) Bemerkenswert ist, dass, so Zwicker, dieser Befund für die Zeit nach 1900 *cum grano salis* z. B. auch für die Deutsche Burschenschaft zutrifft: „the general direction of the Burschenschaft was toward a more liberal orientation in comparison with the antisemitism and radical nationalism of the 1890s“ (S. 76). Es wäre sehr zu wünschen, dass dieses wichtige Buch von Lisa Zwicker in der deutschen Geschichtswissenschaft wie auch von einer einschlägig interessierten breiteren Leserschaft eingehend rezipiert wird, vermag es doch zur Versachlichung einer Debatte beizutragen, die zumindest in Deutschland immer noch gerne emotional geführt wird.

Würzburg

MATTHIAS STICKLER

D. Wirtschaftsgeschichte

HANNO BECK/ALOYS PRINZ: *Staatsverschuldung. Ursachen, Folgen, Auswege* (Beck'sche Reihe 2742. C.H. Beck Wissen). Beck, München 2012, 126 S. (5 Abb.), 8,95 €.

MARC HANSMANN: *Vor dem dritten Staatsbankrott? Der deutsche Schuldenstaat in historischer und internationaler Perspektive* (Zeitgeschichte im Gespräch 13). Oldenbourg, München 2012, 112 S. (10 Abb.), 16,80 €.

Zurzeit riechen viele den Braten „Staatsschulden“, nicht nur Interessenvertreter des Finanzsektors. Dieser hat ihn heiß gemacht, um von seiner eigenen viel größeren Schuldenkrise abzulenken und so zumindest die europäischen Regierungen mit anderen Aktivitäten zu beschäftigen, als eine gegen große Krisen wirksame Regulierung der entfesselten Finanzmärkte wiederherzustellen. Das Thema beunruhigt die Öffentlichkeit und beschäftigt Journalisten stark. Wissenschaftler haben ihre Forschungen über Ursachen, Wirkungen und Grenzen der Staatsverschuldung ausgeweitet. Oder sie versuchen, wie im Fall dieser zwei Neuerscheinungen, die Begriffe, Zusammenhänge und Meinungen zur Staatsschuldenfrage in verständlichem Stil, anschaulich und reich an Informationen aus den Forschungswerkstätten Lesern ohne ökonomische Vorbildung näherzubringen.

Wie hätten Sie den „Braten“ denn gern? *Well done* oder *medium*? Liegt Ihnen mehr der Einstieg in das Thema über die historisch-deskriptive Methode? Dann greifen Sie zu dem Büchlein von Marc Hansmann, des Stadtkämmerers von Hannover, der auch als solcher selbst wirtschaftshistorisch forscht und publiziert! Oder bevorzugen Sie einen Überblick über den aktuellen wirtschaftstheoretischen Forschungsstand und die daraus resultierenden Argumente Pro und Contra Staatsverschuldung? Dann sollten Sie Hanno Beck/Aloys Prinz lesen.

Beide Monographien sind gut recherchiert, was auch die zahlreichen Anmerkungen zeigen. Beide geben abschließend nützliche Literaturempfehlungen, bei Hansmann sogar mit Kommentierung. Einen Sachindex jedoch gibt es nur in Beck/Prinz. Beide Darstellungen verzichten auf ermüdende Beschreibungen von Zeitreihenverläufen oder prozentualen Verteilungen. Notwendige Daten werden kompakt in anschaulichen Grafiken präsentiert. Aber die beiden Taschenbücher haben auch unterschiedliche Stärken und Schwächen, die ich im Folgenden vergleichend gewichte.

Beck und Prinz setzen sich einleitend zum Ziel, auf Fragen zur Staatsverschuldung differenzierte statt pauschaler Antworten zu geben und die Urteilsfähigkeit ihrer Leser zu steigern. Sie haben ihre Darstellung analog zu ihrem Untertitel gegliedert. Dem vorangestellt bieten sie auf knapp 20 Seiten eine ausgezeichnete Einführung in das *Einmaleins der Staatsverschuldung*. Und dem Kapitel über Ursachen (*Warum lebt der Staat auf Pump?*) lassen sie acht Seiten über *Die Entwicklung der Staatsverschuldung in Deutschland* folgen. Erst danach schließen sich die zwei Kapitel über die *Folgen der Staatsverschuldung* und *Auf der Suche nach Auswegen* an. In dem Letzteren diskutieren sie

sowohl die Wirksamkeit verfassungsrechtlicher und gesetzlicher Schuldengrenzen als auch der Rettungsschirme, die zur Überwindung der Schuldenkrisen in Eurostaaten aufgespannt wurden.

Bei Hansmann demgegenüber lautet die Leitfrage, ob auch Deutschland in den Strudel der Schuldenkrise gerissen werden könnte. In seinem ersten Hauptkapitel behandelt er Fälle von Staatsbankrotten, Anstiege und Rückgänge von Staatsschuldenquoten weltweit und historisch bis zurück in die frühe Neuzeit. Im anschließenden Kapitel *Verschuldungspolitik* untersucht er auf zehn Seiten die Ziele und die politische Ökonomie der Staatsverschuldung. Obwohl auch hier viel Erfahrungswissen aus dem Haushaltsgebaren in Deutschland einfließt, kommt dieser Abschnitt noch am stärksten einem theoretischen Rahmen nahe. In den folgenden drei Kapiteln wird es dann – sehr konkret auf die Bundesrepublik bezogen – zeithistorisch, nämlich zu *Ausgabenpolitik*, zu *Steuerpolitik* und zum *Finanzausgleich*. Im letzten Hauptkapitel *Lösungsansätze* stellt der Autor vier Alternativen vor: *Rechtliche Begrenzungen*, *Insolvenz*, *Inflation* und *Nachhaltige Finanzpolitik*.

Hansmann geht von der Prämisse einer zu hohen Staatsverschuldung in Deutschland aus und stößt damit – wahrscheinlich unbewusst – ins Horn des Finanzsektors. Mit der Abbildung der Schulden-Uhr des Bundes der Steuerzahler, die den stets höher tickenden absoluten Betrag der deutschen Staatsverschuldung anzeigt, auf dem Buchdeckel, lässt sich Hansmann vor den Karren kruder Angstmacherei spannen, statt die wissenschaftlich unumstrittene Größe der Staatsschuldenquote ins Blickfeld zu rücken. Er breitet sein umfassendes Wissen über historische Entwicklungen auf der Ausgaben- und Einnahmenseite der verschiedenen staatlichen Ebenen und über die Finanzausgleichsmechanismen aus, ohne seine Prämisse selbst in Frage zu stellen.

Beck und Prinz demgegenüber berichten auch über noch vorhandene fiskalische Spielräume, bevor die Staatsverschuldung auf das Wirtschaftswachstum negativ einwirkt und die Schwelle zu einem drohenden Staatsbankrott betreten wird: Einige Forscher (nicht nur K. Rogoff/C. Reinhart [2009], sondern auch zwei von Beck und Prinz [S. 69] zitierte Studien von 2010) sehen die Schwelle allgemein bei 90 Prozent des BIP. Beck und Prinz zitieren aber auch eine Studie des IWF (2010), die die fiskalische Schwelle für Deutschland erst bei einer Staatsschuldenquote von 155 Prozent des BIP als überschritten feststellt.

In beiden Darstellungen ist zwar von Staatsschulden- bzw. Schuldenstandsquoten die Rede. Wie im gesamten öffentlichen Diskurs ist aber auch hier der Blick dafür verloren gegangen, dass es sich dabei um eine Größe der Bruchrechnung handelt, dessen Wert von Entwicklungen nicht nur im Zähler, sondern genauso stark im Nenner beeinflusst wird. Hansmann weist an mehreren Stellen auf die Bedeutung des Wirtschaftswachstums (S. 17, 22, 34 f., 64 und 97) und der schleichenden Inflation für die Entwicklung des Nenners hin, aber ohne – wie für den Zähler der Quote – die wirtschaftspolitischen Entscheidungen zu behandeln, die dessen Entwicklung beeinflusst haben. Die große Schwäche des ansonsten sehr gut und verlässlich recherchierten sowie ergebnisoffen und vorurteilsfrei aufklärenden Bändchens von Beck und Prinz liegt darin, dass die beiden Autoren diesen auch in der bisherigen Forschung vernachlässigten Aspekt fast völlig ausblenden. Dass während der Zeit des westdeutschen Wirtschaftswunders die Staatsschuldenquote auf etwa dem Niveau von 20 Prozent verharrte, weil es „eine zurückhaltende Haushaltspolitik mit geringer Schuldenaufnahme“ (S. 44) gab, ist typisch für ihre Fixierung auf den Zähler, aber falsch. Die durchschnittliche Zuwachsrates der westdeutschen Staatsschulden in den 1950er und 1960er Jahren war bedeutend höher als z. B. 1990 bis 2009. Aber die Wachstumsrate des nominalen BIP fiel in der Wirtschaftswunderzeit entsprechend hoch aus, während sie 1990 bis 2009 hinter der Zuwachsrates der Staatsschulden weit zurückblieb, möglicherweise wegen der zur Mode gewordenen staatlichen Sparpolitik, der in erster Linie die staatlichen Investitionen zum Opfer fielen.

Die Dynamik der Staatsschuldenproblematik geht vor allem vom Nenner aus. Wie die von Hansmann in zwei Grafiken dargestellten Entschuldungsprozesse nach großen Kriegen, z. B. Großbritanniens im 19. Jh. und der USA 1945 bis 1975 zeigen, werden Schulden nie getilgt. Es kommt nur darauf an, die durchschnittliche Zuwachsrates der Staatsschulden unter dem Niveau der Wachstumsrate der Wirtschaft plus der Inflationsrate zu halten. Diese Aufklärung habe ich vor allem bei Beck und Prinz vermisst.

Was in beiden Bändchen völlig fehlt, ist ein Hinweis darauf, dass die ganze Staatsschuldenproblematik vom Verhältnis des Zinssatzes (für die jeweiligen Staatsschulden) zur Wachstumsrate des

nominalen BIP abhängt. Ist der Zinssatz langfristig niedriger als die Zuwachsrates des nominalen BIP und damit der Steuereinnahmen, geht auch von steigenden Staatsschulden keine Gefahr aus. Dieser Zusammenhang erklärt das Staatsschuldenproblem der südeuropäischen Eurostaaten ebenso wie die gegenwärtige Abwesenheit eines solchen Problems in Deutschland. Darauf nicht hingewiesen zu haben, mindert den Aufklärungswert vor allem des ansonsten theoretisch sehr instruktiven Bändchens von Beck und Prinz.

Trotzdem lautet mein Fazit: Beck und Prinz: *well done*! Hansmann wegen mangelnder Offenheit für, nicht mangelnder Kenntnis über das Staatsschuldenproblem in Deutschland: *medium*! Letzteres ist jedenfalls immer noch zwei Zensuren entfernt von *medium rare* und *rare* und entspricht der Note *gut*.

Berlin

CARL-LUDWIG HOLTFRERICH

ALAIN BELTRAN (Hg.): *Oil Producing Countries and Oil Companies. From the Nineteenth Century to the Twenty-First Century* (Enjeux internationaux 14). Lang, Brüssel u. a. 2011, 294 S. (1 Abb., 15 Tab.), 57,00 €.

Der anzuzeigende Band, der auf eine internationale Konferenz zurückgeht, die 2006 als Kooperation von Total und dem Centre national de la recherche scientifique durchgeführt wurde, hält nicht, was sein Titel verspricht. Den fünfzehn oft sehr kurzen Essays liegen keine gemeinsamen Fragen oder Analyseperspektiven zugrunde, und auch die nur etwas über zwei Seiten lange Einleitung von Alain Beltran entwickelt weder eine überzeugende Typologie des Verhältnisses von Ölförderländern und Ölfirmen noch eine diachrone These über die Entwicklung ihrer Interaktion. Noch nicht einmal die Auswahl der Beiträge wird gerechtfertigt, von denen sich sechs auf Frankreich beziehen (einer davon auch auf die USA und Großbritannien), jeweils zwei auf Algerien, Italien und Brasilien sowie je ein weiterer auf Rumänien, Kolumbien/Mexiko und Norwegen. Es fehlen also Arbeiten zu den wichtigen Förderländern der Golfregion, ohne dass dieser Mangel wahrgenommen würde, obwohl hierzu in den vergangenen Jahren gute Studien vorgelegt wurden. Auch der Ostblock und vor allem die Sowjetunion und ihre Nachfolgestaaten kommen nicht vor, was Beltran zumindest als Problem reflektiert. Letztlich scheinen hier aber lediglich die Vorträge der Tagung mehr schlecht als recht zusammengebunden worden zu sein: Fünf Beiträge enthalten überhaupt keine Fußnoten und Belege, in zwei Artikeln folgt nach jedem Satz ein Absatz, das Englisch ist oft schlecht und fehlerhaft, und nach gründlicher Lektüre zerfällt das Buch in seine Einzelteile.

Nichtsdestoweniger enthält auch dieser Band interessante Beiträge. Seine Stärke liegt zweifelsohne – wenn auch angesichts des Begriffs der „producing countries“ im Titel etwas unerwartet – in der fakten gesättigten Schilderung der Entwicklung der französischen Ölwirtschaft im Vergleich mit anderen Ländern. Als Ausgangs- und Orientierungspunkt eignet sich Martin Chicks Aufsatz, der Risiken, Kosten und Nutzen der Ölimportpolitik in Großbritannien, Frankreich und den USA seit 1945 vergleicht und dabei die je verschiedenen Mischungen von wirtschaftlichen und politischen Erwägungen herausarbeitet, die die Importpolitik prägten. Die genauere Entwicklung der französischen Importe und die daraus resultierenden Abhängigkeiten untersucht Roberto Nayberg anhand von fünf Graphiken für die zweite Hälfte des 20. Jh.s. Mit der französischen Politik in den Jahren 1973/74 beschäftigt sich Armelle Demagny-van Eyseren und zeigt dabei überzeugend, dass die energiepolitischen Veränderungen schon vor dem sogenannten Ölschock begonnen hatten. Die Vorgeschichte für diese Artikel liefert Morgan Le Dez mit einem allgemeinen Überblick über die französischen Importe von 1861 bis 1950, in dem er die Bedeutungssteigerung des Öls und die Verschiebung der Bezugsländer herausarbeitet. Die Förderländer der Golfregion spielen dann nur in zwei Aufsätzen eine Rolle, die sich mit den Aktivitäten der Compagnie Française des Pétroles in Abu Dhabi von 1936 bis 1975 (Nicolas Chigot) und im Mittleren Osten zwischen 1945 und 1975 (Contance Hubin) beschäftigen.